

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdirektor: Nachrichten Dresden  
Verlagsredaktion: 10 243  
Redaktion: 10 243  
Verlag: 10 243

Verlag: 10 243  
Redaktion: 10 243  
Verlagsredaktion: 10 243

Verlag: 10 243  
Redaktion: 10 243  
Verlagsredaktion: 10 243

## Großangriff der bolivianischen Truppen

### Ein letzter Vermittlungsversuch Chiles

Buenos Aires, 3. August. Die bolivianischen Truppen eröffneten am Dienstagabend einen Großangriff auf Puerto Casado, einem wichtigen strategischen Punkt am Paraguay-Fluss. Von Asuncion sind weitere Truppen nach der Grenze abmarschiert, denen von der Menge ein befehlertes Abziehen bereitet wurde. Die paraguayische Regierung hat die Mobilisierung sämtlicher Männer zwischen 20 und 30 und sämtlicher Offiziere zwischen 20 und 50 Jahren angeordnet. Die Kriegsbereitstellung ist überall sehr groß. Redner fordern das Volk auf, die heilige Sache Paraguays zu verteidigen und sprechen von einem „gerechten Krieg“.

In Concepcion haben die Franzosen sich bereit erklärt, ein Amazonenbataillon zu bilden.

Das paraguayische Oberkommando befiehlt die Räumung von Fort Bonqueros durch die paraguayischen Truppen, abt jedoch die Verluste der Bolivianer auf 80 Mann an.

In ihrer Antwort an den Völkerbund sagt die bolivianische Regierung, daß die bolivianischen Truppen zuerst angegriffen worden seien. Die Note der in Washington tagenden neutralen Regierungen hat der bolivianische Außenminister dahin beantwortet, daß Bolivien gegen eine neutrale Untersuchung der Angelegenheit nichts einzuwenden habe und in der Zwischenzeit sich jedes militärischen Vorgehens gegen Paraguay enthalten werde.

Der Präsident von Chile, Davila, hat nochmals den Versuch gemacht, zwischen Bolivien und Paraguay zu vermitteln. Der Präsident versicherte ausdrücklich, daß Chile in jedem Fall neutral bleiben werde.

### Manöverunfall in England

London, 3. August. Bei einer militärischen Übung in der Ebene von Salisbury geriet ein leichter Tank, der eine

Höhe hinaufrollte, ins Schleudern, schlug um und geriet in Brand. Während der Fahrer sich unverletzt in Sicherheit bringen konnte, erlitt ein Sergeant, der sich in dem offenen Turm des Tanks befand, einen schweren Schädelbruch, dem er bald danach erlag.

### Die Vergungsarbeiten an der „Niobe“

Niel, 3. August. Die Vergungsarbeiten am Brack der „Niobe“ konnten gestern wegen des schlechten Wetters nicht fortgesetzt werden; sie wurden jedoch heute wieder aufgenommen. Die Taucher sind jetzt damit beschäftigt, das Oberdeck abzusprengen und die Wanden bis auf die Baubohlen zu lösen. Teile sind bisher weder am Brack, noch an den Klüften der Nachbarländer gefunden worden.

Ueber die schwierigen Vergungsarbeiten an dem Brack der „Niobe“ erfahren wir von der mit der Hebung des Schiffes beauftragten Hamburger Bauherren, Reederei- und Vergungs-A.G. unter anderem folgendes: Der über der Unfallstelle verankerte Berg I ist zur Zeit damit beschäftigt, die Wanden aus dem gesunkenen Schiff herauszunehmen und Segel und Masten zu bergen. Während dieser Arbeiten, die noch einige Tage in Anspruch nehmen werden, sollen Stahlflossen um den gesunkenen Schiffkörper gelegt werden. Dann wird das Oberdeck „Hiev“ über der „Niobe“ verankert und mit Wasser gepumpt, damit es sich soweit senkt, daß die Trossen an ihm befestigt werden können. Hierauf wird das Oberdeck leer gepumpt. Mit dem dadurch erzielten Nuttrieb wird auch die an den Trossen befestigte „Niobe“ angehoben werden. In diesem Zustand wird das Brack dann auf dem Fehmarn-Belt in das ruhige Wasser der Rieker Börde geschleppt werden, wo dann die eigentlichen Aufrichtsarbeiten ihren Anfang nehmen. Die gesamten Vergungs- und Debarbeiten werden noch mindestens zwei bis drei Wochen in Anspruch nehmen.

### Preußenlandtag wahrscheinlich Ende August

Berlin, 3. August. Der Kabinetzentrat des Preussischen Landtags, der heute abend zusammentritt, soll dem Landtagspräsidenten Kerrl die Möglichkeit geben, die Wünsche der Parteien für den Termin der Wiederberufung des Landtages kennenzulernen. Da die letzte Sitzung des Landtages mit Beschlussunfähigkeit des Hauses endete, so ist die Einberufung der nächsten Sitzung an sich Aufgabe des Präsidenten. Dieser wird aber die Wünsche der Parteien berücksichtigen. Wichtige Gesetzentwürfe liegen, wie das Nachrichtenbüro des V.D. hört, zur Zeit nicht vor. Die nächste Sitzungsperiode wird also in erster Linie rein politische Aufgaben gewidmet sein müssen. Im Vordergrund steht die Notwendigkeit, den Reichskommissar durch ein ordnungsmäßiges Preussenkabinet zu ersetzen. Zentrum und Nationalsozialisten, auf die es dabei insbesondere ankommt, hatten die Verschiebung der Wahl des neuen Ministerpräsidenten bis nach den Reichstagswahlen gewünscht. Inzwischen haben jedoch Verhandlungen zwischen den für die Mehrheits- und Rabinetsbildung in Betracht kommenden Parteien noch nicht stattgefunden. Man muß also damit rechnen, daß noch einige Wochen vergehen, bis man sich auf einen Ministerpräsidenten geeinigt hat, daß also der Preussische Landtag erst Ende August gleichzeitig mit dem neuen Reichstag zusammentritt. Ein früherer Termin würde evtl. in Frage kommen, wenn eine Mehrheit von Parteien vorher noch eine politische Aussprache über die Bestellung des Reichskommissars und seine bisherige Tätigkeit verlangen sollte. Eine Vorentscheidung dieser Frage erwartet man von der noch vor dem Kabinetzentrat nachmittags stattfindenden Fraktionsberatung der Sozialdemokraten im Landtag.

### Einfuhr- und Ausfuhrrückgang

Berlin, 3. August. Im zweiten Vierteljahr 1932 hat die deutsche Einfuhr (1143 Millionen Reichsmark) gegenüber dem ersten Vierteljahr um 101 Millionen Reichsmark, die Ausfuhr (1388 Millionen Reichsmark) um 224 Millionen Reichsmark abgenommen. Von dem Einfuhrrückgang entfallen 67 Millionen Reichsmark auf die Abnahme der Rohstoffeinfuhr und 34 Millionen Reichsmark auf die Abnahme der Fertigwareneinfuhr; an dem Rückgang der Ausfuhr sind mit 167 Millionen Reichsmark die Fertigwaren, mit 41 Millionen Reichsmark die Rohstoffe und halbfertigen Waren und mit 14 Millionen Reichsmark die Lebensmittel beteiligt.

### Die Aufhebung von preussischen Amtsgerichten

Berlin, 3. August. Amlich wird nunmehr die Verordnung über die Aufhebung von Amtsgerichten in Preußen durch das kommissarische preussische Staatsministerium bekanntgegeben. Die Aufhebung tritt mit Ablauf des 30. September 1932 in Kraft. Die Aufstellung der Bezirke der aufzuhebenden Amtsgerichte und die Ueberleitung ihrer Geschäfte regelt der Justizminister.

### Aus der Staatspartei ausgeschlossen

Endwigshafen, 3. August. Der Landesverbandsvorsitzende der Deutschen Staatspartei in der Pfalz, Justizrat Dr. L. Endwigshafen, hat seinen Austritt aus der Partei erklärt. Er begründet diesen Schritt damit, daß er gegenwärtig in der Staatspartei keine Möglichkeit sehe, sich politisch in der notwendigen Form zu betätigen.

### Wie Männer und Frauen abstimmten

Dresden, 3. August. In der Stadt Ortmann ist getrennt nach Männern und Frauenstimmen gewählt worden. Wie überall, gibt es auch dort mehr wahlberechtigte Frauen als Männer. Es gaben 8588 Frauen und 8220 Männer gültige Stimmen ab. Am einzelnen erhielten die SPD. 641 Männer- und 1000 Frauenstimmen, die Nationalsozialisten 1309 bzw. 1507, die Kommunisten 400 bzw. 348, das Zentrum 28 bzw. 80, die Deutschnationalen 222 bzw. 341, die Deutsche Volkspartei 88 bzw. 115, die Christlichsozialen 47 bzw. 51, die Staatspartei 20 bzw. 30, die Volkrechtspartei 28 bzw. 57, die Sozialistische Arbeiterpartei 8 bzw. 12, die Freiwirtschaftliche Partei 2 bzw. 4, und eine nationalsozialistische Kleinrentner-Liste 3 Männer- bzw. 4 Frauenstimmen. Sämtliche Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, erhielten also mehr Frauen- als Männerstimmen.

### Autobusunglück bei Rempten

Rempten, 3. August. Ein Autobus aus Ulm fuhr heute früh kurz nach 8 Uhr auf der Fahrt nach Rempten bei Weisbach gegen einen Baum. Dabei wurden von den 27 Insassen 1 Leicht- und 4 Schwerverletzt.

### Letzte Meldungen von den X. Olympischen Spielen

Seite 3

## Die Rechtsgültigkeit der Reichsratsbeschlüsse

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 3. August. Die gestrige Reichsrats-Sitzung, die entgegen den Mitteilungen der Linkspresse in durchaus ruhiger und unemotionaler Form verlief, hat insofern noch ein gewisses Nachspiel, als man in Linkskreisen die Rechtsgültigkeit der gestrigen Beschlüsse bestritt. Bekanntlich haben zwei Länder der süddeutschen Fronte Rechtsverweigerung dagegen eingelegt, daß der Reichsrat zusammentrete, ohne daß es der preussischen Regierung möglich sei, persönlich vertreten zu sein. Dazu nimmt jetzt die Reichsregierung nochmals Stellung, indem sie erklärt, daß die Beschlussfähigkeit des Reichsrats nicht von der vollständigen Anwesenheit aller Mitglieder abhängt. Deshalb sei auch die Rechtsgültigkeit der Beschlüsse nicht zu bezweifeln. Sachen hat bekanntlich in der gestrigen öffentlichen Reichsrats-Sitzung keine Erklärung abgegeben und es klugerweise vermieden, sich in die Streitigkeiten der süddeutschen Fronte einzumischen zu lassen. Um so aktiver ist der süddeutsche Vertreter in den Vorverhandlungen gewesen.

Aus der süddeutschen Seite in den Vorverhandlungen der Reichsrats gemacht wurde, den Reichsrat auf unbestimmte Zeit zu vertagen, zum mindesten so lange, bis der Staatsgerichtshof über den Streitfall zwischen Reich und Preußen endgültig entschieden habe, hat Sachen sich gegen einen solchen Antrag mit Nachdruck gewandt, weil es auf dem Standpunkt steht, daß einefristlose Vertagung des Reichsrates nicht angängig ist. Es ist der sachlichen Vertretung dabei gelungen, auch die Mehrheit der Reichsratsmitglieder für sich zu gewinnen, so daß Wagner auf den Vertagungsantrag schließlich verzichtete und erklärte, was ja auch aus der Erklärung des bairischen Reichsratsvertreter hervorgeht. Die sachliche Haltung ist also nicht nur korrekt, sondern auch nach Lage der politischen Entwicklung durchaus klug gewesen.

Amlich wird dazu erklärt: In einem Teil der Presse haben die Vorgänge in der gestrigen Vollversammlung des Reichsrats eine Auslegung gefunden, die weder den Tatsachen noch der Rechtslage entspricht. Zunächst muß festgestellt werden, daß von dem Reichskommissar für Preußen keine preussische Bevollmächtigte zum Reichsrat überhaupt nicht ernannt worden sind. Von den bisherigen ordentlichen und stellvertretenden Bevollmächtigten zum Reichsrat sind die von ihrem Amt entbundenen Mitglieder zur Zeit an der Ausübung ihrer Tätigkeit im Reichsrat behindert. Außerdem sind die in den Aufhebungsverfahren Beamten mit der Verlegung in den Reichsrat aus dem Reichsrat ausgeschlossen. An der Stellung der in Reichsrat verbliebenen Beamten hat sich nichts geändert. Da die preussischen Regierungen im Reichsrat einheitlich — im Gegensatz zu den Provinzialparlamenten — abgeordnet werden müssen, so ist auch gegenwärtig für eine dauernde Vertretung Preußens im Reichsrat gesorgt, ohne daß es einer Neuernennung bedarf.

Die preussischen Stimmen in den Sitzungen des Reichsrats werden von Ministerialdirektor Rudolph, der mit

der Vertretung des in den Aufhebungsverfahren getretenen Staatssekretärs Dr. Reibmann beauftragt ist, geführt.

Der Reichskommissar und das gegenwärtige Staatsministerium treten auch hinsichtlich der Instruktion an die bisher berechtigten Stellen.

Für die gestrige Vollversammlung des Reichsrats, die nach der Geschäftsverteilung für einige Wochen voraussichtlich die letzte sein wird, da der Reichsrat gestern eine längere Ferienpause beschlossen hat, lag ein Vorschlag des Sachwalters der bisherigen preussischen Staatsminister vor, den der Reichskommissar für Preußen sowie an angenommen hat, als er dies unter Führung seines Reichsstandpunktes zur Vermeidung unliebsamer öffentlicher Auseinandersetzungen im Reichsrat tun zu können glaubte.

Der Vorschlag ging dahin, daß die bisherigen preussischen Minister, die das Recht für sich in Anspruch nehmen, ihre Tätigkeit im Reichsrat weiter auszuüben, auf ihr Erscheinen verzichten wollten, wenn bei dieser Sitzung kein Bevollmächtigter der gegenwärtigen preussischen Regierung anwesend wäre.

Weder die Reichsverfassung noch die Geschäftsordnung des Reichsrats sehen vor, daß sämtliche Männer auch in der Vollversammlung vertreten sein müssen. Es sind schon vielfach Fälle vorgekommen, in denen einzelne Länder oder Provinzen nicht vertreten waren. Der Reichsrat ist in der Vollversammlung ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig. Die gestrige Sitzung des Reichsrats war daher beschlussfähig. Ihre Beschlüsse sind rechtsgültig.

### Rücktrittsgerüchte um Luther

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 3. August. Nach einer Meldung des „Daily Express“ soll angeblich der Rücktritt des Reichsdankpräsidenten Dr. Luther noch im Laufe dieser Woche bevorstehen. Als sein Nachfolger wird der frühere Reichsdankpräsident Dr. Schacht genannt. Wie wir hören, sind diese Mitteilungen unzutreffend. Dr. Luther beabsichtigt nicht zurückzutreten, und es ist bisher auch auf ihn von keiner Seite ein Druck in dieser Richtung ausgeübt worden.

### Zur Belebung des Roggenmarktes

Berlin, 3. August. Zur Entlastung und Belebung des Roggenmarktes hat sich die Reichsregierung endgültig entschlossen, eine Vertoppelungsaktion von deutschem Roggen mit ausländischem Weizen durchzuführen. Der Abschluss der Verhandlungen mit Sachverständigen über die Art der Durchführung steht unmittelbar bevor. Mit dem Beginn der Aktion kann in wenigen Tagen gerechnet werden.